

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 97 (2017)  
**Heft:** 1047

**Artikel:** Staatsgeld als Geschäftsmodell  
**Autor:** Jürgensen, Nadine  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-736510>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

FREIE SICHT

## Beschränktheitsinitiative

Als «intellektuelle Fehlkonstruktion», die unter Ermüdungserscheinungen ächze, bezeichnete Christoph Blocher die Europäische Union anlässlich der jüngsten Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Mit hellwachem Schwung will die AUNS darum gemeinsam mit der SVP eine Initiative lancieren, die die Schweiz jenseits der EU fit für die Zukunft macht. «Beschränkungsinitiative» soll sie heissen. Das Ziel: die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU. Die ungläubige Reaktion des liberalen Beobachters in zwei Worten: Schon wieder? Schon wieder eine Anti-Migrations-Initiative von rechts? Nach der 18-Prozent-Initiative, der Ausschaffungsinitiative, der Masseneinwanderungsinitiative, der Ecopop-Initiative und der Durchsetzungsinitiative nun also die Beschränkungsinitiative? Die Schweizer Rechte erscheint wie eine Jukebox, die nur mehr einen Titel spielen kann. Eine bittere Ironie, denn entgegen einigen zu kritisierenden Fehlentwicklungen der Europäischen Union hatte diese doch stets einen Vorzug: die garantierten vier Grundfreiheiten. Und zu diesen zählt eben auch die Migrationsfreiheit. Bücherregale lassen sich füllen mit Studien, die die segensreichen Wirkungen aller (!) vier Grundfreiheiten aufzeigen. Selbst wenn also die Angst vor einer schleichenden Annäherung der Schweiz an eine strauchelnde EU gerechtfertigt sein mag, stellt sich die Frage: Warum ausgerechnet bei der Freizügigkeit ansetzen? Wo diese doch der Schweiz nachweislich mehr Vorteile als Nachteile bietet? Der Sprung in der politischen Schallplatte von SVP und AUNS wird letztlich nur eines bewirken: eine Schwächung der bürgerlichen EU-Kritik durch das Vergraulen der Liberalen – und den verstärkten Eindruck von Ermüdungserscheinungen auf der politischen Rechten. Denn die immer gleichen Vorstösse von rechts zeugen vor allem von Mut- und Ideenlosigkeit. Sie langweilen nicht nur, sie nerven. Die EU mag eine «intellektuelle Fehlkonstruktion» sein. Die Strategie der Schweizer Rechten ist es inzwischen auch.

### Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

## Staatsgeld als Geschäftsmodell

K napp 100 Millionen Franken sprach das Parlament in der Sondersession, um die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung zu senken. Das klingt leider nur im ersten Moment gut. Tatsächlich führen solche «befristeten» Subventionen nicht nur zu Fehlanreizen, sondern sie lassen sich auch, einmal eingeführt, kaum mehr aufheben. Das zeigte schon die Anstossfinanzierung für Krippen, die 2003 bewilligt und seither mehrmals verlängert wurde. Sie kostete mehrere hundert Millionen Franken. Zwar wurden laut Angaben des Bundes dank ihr rund 54 000 Krippenplätze geschaffen. Doch wie steht es um deren Qualität und Kosten? Der mit der Staatsförderung entstandene grosse Personalbedarf wird in vielen Krippen mit Praktikanten gedeckt. In Hochglanzprospekten und an Infoveranstaltungen werden berufstätige Eltern von der pädagogischen Brillanz und den flexiblen Öffnungszeiten überzeugt. Doch es sind in vielen Krippen ungelernete Arbeitskräfte, die täglich von früh bis spät präsent sind – sie putzen, kochen und betreuen die Kleinkinder, oft für weniger als Tausend Franken pro Monat und ohne Aussicht auf eine Lehrstelle. Gerade grosse Krippenunternehmen sind oft personell chronisch unterbesetzt, die Fluktuation beim oft sehr jungen Personal ist beträchtlich. Trotz dieser Situation sind Krippenplätze für viele mittelständische Eltern unerschwinglich. Zurück deshalb zu den neuen Subventionen: Ganz zu schweigen davon, dass damit in die Kompetenzen der Kantone eingegriffen wird, ist es einmal mehr das falsche Mittel für ein richtiges Ziel. Es gibt bessere Wege, um die Belastung der Eltern zu senken: Steuerabzüge für die effektiven Betreuungskosten sowie so angepasste Tarifstrukturen, dass mehr Eltern vergünstigte Tarife erhalten. Gerade die Eltern des Mittelstands werden abgestraft, da sie sowohl die Vollkosten tragen als auch hohe Steuern bezahlen. Kein Wunder, boomt die Nannybranche. Wer öffentliche Gelder empfängt, sollte diese ihrem gemeinnützigen Zweck widmen – und nicht das eigene Geschäftsmodell damit finanzieren.

### Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.